



## "Das Hungerproblem wird sich verschärfen"

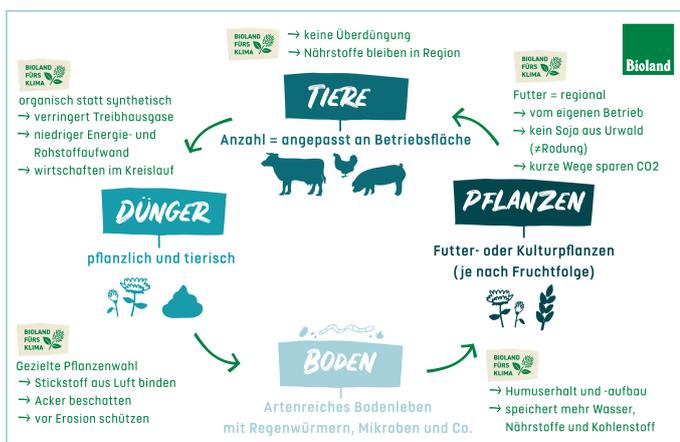
Was bedeutet der Krieg in der Ukraine für die Ernährung und die Landwirtschaft? Bioland-Präsident Jan Plagge fürchtet, dass nun viel mehr knapp wird als nur Weizen - und Lebensmittel auch hierzulande teurer. Was es für die Zukunft braucht: regionale Kreisläufe und widerstandsfähige Anbausysteme.

Herr Plagge, wie wirkt sich der Krieg Russlands gegen die Ukraine auf die Nahrungsmittelproduktion aus? Jan Plagge: Der Krieg hat enorme Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Wichtige Futtermittel Bestandteile wie Weizen, Gerste und Sonnenblumenschrot aus der Ukraine fehlen. Die Ernte aus dem vergangenen Jahr liegt jetzt dort auf Lager und kann nicht mehr verschifft werden. Das geschieht in einer Phase, in der Futtermittel, auch im Biobereich, ohnehin knapp sind. Was sind die Folgen an den Agrarmärkten? Plagge: Getreide hat sich massiv verteuert, allein Weizen um gut 50 Prozent seit Beginn des Krieges. Außergewöhnlich ist auch, dass konventionelle Ware fast auf dem Niveau von Biogetreide liegt. Auch andere Agrarrohstoffe ziehen an. Wird der Krieg weiterhin so massiv geführt und damit auch der diesjährige Anbau in der Ukraine gefährdet, dann hat dies global weitreichende Konsequenzen. Die Lieferketten geraten unter Druck, an manchen Stellen brechen sie, das lässt sich nicht von heute auf morgen ausgleichen.



Wen wird diese Krise besonders hart treffen? Plagge: Das Hungerproblem wird sich verschärfen. Jede Krise trifft die Ärmsten am stärksten, das sehen wir an der Corona-Pandemie und der Klimakrise. Die Regionen, die jetzt schon wenig lokale Landwirtschaft haben und auf Importe angewiesen sind, werden besonders unter dem Krieg leiden. Die Ukraine und Russland sind für viele Länder im Nahen Osten und Afrika die Hauptlieferanten von Getreide. Das braucht unsere Aufmerksamkeit. Wir müssen nicht nur mit Geld und Nahrungsmitteln helfen, sondern auch damit, die Versorgung vor Ort zu stärken.

Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbandes, warnt vor unwägbareren Risiken für die Landwirtschaft. Sehen Sie das auch so? Plagge: Momentan befinden wir uns alle in einem politischen Blindflug, weil wir nicht wissen, wie die russische Regierung und Wladimir Putin weiter agieren werden. Davon hängen alle Märkte ab, auch die Agrarmärkte. Wir müssen Solidarität mit der Ukraine zeigen und uns eng unter den EU-Ländern abstimmen. Nur gemeinsam können wir für Stabilität sorgen und Lieferketten sichern. Im Moment ist es wichtig, genau zu analysieren, was die Bauern in den kommenden Wochen und Monaten brauchen und wie wir Ausfälle auffangen können. Wie wirkt sich der Krieg auf die Lebensmittelpreise in Deutschland aus? Plagge: Lebensmittel werden teurer. Verbraucher müssen sich daran gewöhnen, dass sie vor allem für Fleisch und Wurst deutlich mehr ausgeben müssen. Konventionelle Tierhalter trifft die Krise besonders hart, weil sie auf den Zukauf großer Mengen an Kraftfutter angewiesen sind, vor allem in der Schweine- und Geflügelmast. Das wirkt sich entscheidend auf die Produktpreise im Laden aus. Das betrifft auch andere tierische Produkte wie Milch, wenngleich die Futterpreise hier nicht so stark steigen. Grundfutter für Milchkühe, also Heu und Silage, wird in Deutschland erzeugt.



Betrifft diese Knappheit Biolandwirte und konventionelle Erzeuger gleichermaßen? Plagge: Tatsächlich kommen Biolandwirte damit besser zurecht, weil sie den Umgang mit Knappheit gewohnt sind. Das System der Biolandwirtschaft basiert darauf, mit begrenzten Mitteln von außen auszukommen. Ökobauern setzen keine mineralischen Stickstoffdünger und synthetische Pestizide ein, das Eiweiß in Futtermitteln muss über die Fruchtfolge und einen vielfältigen Anbau selbst erzeugt werden. Nach den Regeln des Ökolandbaus kann ein Betrieb nur so viele Tiere halten, wie er mit seiner Fläche ernähren kann, das ist flächengebundene Tierhaltung. Es muss daher insgesamt weniger zukaufen.

Trotzdem stehen auch Ökobetriebe unter Druck. Plagge: Das stimmt. Es trifft vor allem Tierhalter, die nach den Standards des EU-Biosiegels arbeiten und nicht nach strengeren Regeln von Bioland und anderen Verbänden. Diese EU-Bio-Betriebe dürfen in Grenzen Futtermittel zukaufen. Daher ist auch hier der Bedarf an Importware gestiegen. Grund dafür ist die steigende Nachfrage nach Bioeiern, Biogeflügel oder Bioschweinefleisch. Die Krise, wie wir sie jetzt erleben, offenbart auch im Ökobereich, welche Abhängigkeiten entstehen, wenn Produktionskreisläufe nicht geschlossen sind. Allerdings ist der Umfang hier deutlich geringer als im konventionellen Bereich.

Müssen wir uns von der Idee verabschieden, dass sich die Ernährung mit globaler Arbeitsteilung sichern lässt? Plagge: Die vergangenen Jahrzehnte haben die ökologischen und sozialen Nachteile dieser globalen Arbeitsteilung deutlich gemacht: die Regenwaldzerstörung in Südamerika, die Ausbeutung von Arbeitskräften, der Raubbau an Wasserreserven. Nun zeigt sich, dass die Globalisierung auch die Ernährungssicherheit in Kriegszeiten gefährdet. Wir brauchen einen Umbau des Agrarsystems dringender denn je. Wie soll dieser Umbau aussehen? Plagge: Wir erleben mit dem Krieg in der Ukraine eine zusätzliche Krise, zum Klimawandel, dem Verlust von Biodiversität, der Corona-Pandemie, steigenden Energiepreisen. All das zeigt, wie instabil unser aktuelles Agrarsystem ist. Es spricht alles dafür, dass wir künftig regionale Kreisläufe und resiliente Anbausysteme wieder in den Mittelpunkt stellen. Die EU-Kommission will mit dem Green Deal den ökologischen Umbau der Agrarwirtschaft vorantreiben. Dieser Weg führt am Ende auch zu geringerer Abhängigkeit und mehr Ernährungssicherheit in Europa.



Es gibt erste Forderungen, etwa aus der FDP, die Agrarwende aufzuschieben, um die Ernährung nicht zu gefährden. Plagge: Das ist wirklich Unsinn. Es ist genau umgekehrt. Wir gefährden die Ernährung, wenn wir es nicht schaffen, Lebensmittel möglichst schnell umwelt- und klimafreundlich zu produzieren. Der Umbau des Agrarsektors ist in der EU-Strategie und im Koalitionsvertrag der Bundesregierung hinterlegt. Die darin genannten Ziele sind kein Luxus, den wir uns leisten, sie sind einer wachsenden Notlage geschuldet. Die landwirtschaftlichen Betriebe sehen sich mit vielen Problemen gleichzeitig konfrontiert, die gelöst werden müssen. Wir müssen umsteuern, und je länger wir das hinausschieben, umso mehr kostet uns das.

Was ist dran an dem Argument, dass die Ökolandwirtschaft weniger Erträge liefern würde als die industrielle? Plagge: Dieses Argument verkennt die Realität und beruht auf der Annahme, dass die Landwirtschaft wie eine Fabrik nur ein einziges bestimmtes Gut

produziert, etwa Getreide. Landwirtschaft ist viel mehr als nur Rohstoffproduktion. Wir müssen ihre Erträge daran messen, was sie für Ernährungssicherheit, Trinkwasserschutz, Biodiversität, Klimawandel, Landschaftsschutz und eine ethisch vertretbare Tierhaltung leistet. Macht man diese Rechnung auf, schneidet die industrielle Landwirtschaft deutlich schlechter ab als die ökologische. Ist für eine Agrarwende überhaupt noch Geld da, wenn jetzt die Ausgaben für Verteidigung steigen? Plagge: Da muss es Verlässlichkeit geben. Für die Verteidigung soll ein Sondervermögen eingesetzt werden, das die Bürger und nachfolgende Generationen finanzieren. Der aktuelle Haushalt für Agrarpolitik soll auf dem geplanten Niveau bleiben. Bisläng fehlt aber noch eine Finanzierung für den Umbau der Tierhaltung, darüber muss bei den kommenden Haushaltsverhandlungen entschieden werden. Ich glaube aber, dass sich aus der Bauernschaft heraus auch eine Eigendynamik entwickelt, sodass der Umbau der Landwirtschaft und der Tierhaltung eher noch Tempo aufnehmen wird. In Krisen sind Menschen eher bereit, ihr Verhalten zu ändern.

Ökolandwirte und jene, die es werden wollen, hoffen auf mehr Unterstützung aus Brüssel und Berlin. Bleibt es dabei? Plagge: Die letzten Korrekturen für die nächste Förderperiode in der EU sind in Arbeit. Einige Mitgliedsländer haben eine gute Planung vorgelegt. Andere nicht, wie Frankreich, das Biobauern mit 80 Euro je Hektar nur so viel Beihilfe gewähren will wie konventionellen Erzeugern. Zum Vergleich: In Deutschland soll es zum Beispiel für Ackerland rund 240 Euro je Hektar und Jahr für Biobetriebe geben. Aber auch das reicht nicht aus, um die Umweltleistungen des Ökolandbaus ausreichend zu honorieren. Die EU-Kommission muss da in aller Härte Korrekturen einfordern. Der Weltklimarat IPCC hat gerade seinen neuesten Bericht vorgelegt. Wird die Rettung des Klimas durch den Krieg nun auf die lange Bank geschoben? Plagge: Die Gefahr besteht. Umso wichtiger ist, dass dieser viel Leid verursachende Krieg schnell beendet wird. Wir müssen das kleine Zeitfenster, das uns noch zum Handeln bleibt, nutzen, statt den Umbau der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität aufzuschieben. Wir sehen gerade auch, wie eng Ernährung, Klimaschutz und Sicherheitspolitik verknüpft sind. Die Krisen in Afrika, Asien und woanders werden mit der Erderwärmung zunehmen. Der Stress auf die Menschheit wird weiter steigen. Jedes Jahr, das wir hier verlieren, ist ein Jahr zu viel. Das Interview ist am 9. März 2022 auf Sueddeutsche.de erschienen. © Süddeutsche Zeitung GmbH, München. Mit freundlicher Genehmigung von Süddeutsche Zeitung Content